



Viel Fläche, wenige Menschen, schlechte Infrastruktur: Sensbachtal, die zweitkleinste hessische Kommune, will sich mit Beerfelden, Rothenberg und Hesseneck zu einer Stadt vereinen. Die Aussichten stehen gut.

Fotos Rainer Wohlfahrt

Gemeinsamer Neuanfang

AM RANDE



HUNDE UND MENSCHEN

VON JACQUELINE VOGT

Ein Hund hat es nicht leicht in Frankfurt. Tagsüber, wenn Herrchen arbeitet und Frauen auch, sitzt er eingesperrt zu Hause. Morgens und abends darf er um die Ecken. Wenn er Glück hat, sind halbwüchsige Kinder da, die ihn auch mittags mal ausführen. Am Wochenende aber hat es der Frankfurter Stadthund gut. Dann darf er sich austoben. Bei einem Spaziergang im Wald. Zu dem wird er mit dem Auto gefahren. Auf dem Parkplatz freut sich der Hund. Er springt aus dem Kofferraum. Wartet schwanzwedelnd, bis der Fahrer das Fahrzeug abgeschlossen hat. Läuft vorneweg. Manchmal kehrt er um, lässt sich zurückfallen, wie es ihm gefällt.

Es ist für Hundehalter nicht leicht in der Stadt. Frischer Pansen: welcher Supermarkt führt den. Hundekot: Muss man immer wegmachen. Dem Tier seine Freiheit lassen: Wo geht das schon. Alles geregelt, alles reglementiert. Ohne Leine darf der Hund nur auf eigens dafür gekennzeichneten Flächen laufen. Sagt in Frankfurt die Grünanlagensatzung. Überall sonst sind Hunde an einer bis zu zwei Meter langen Leine zu führen. Und Hundekot, der darf auch auf den Hundenausläufflächen nicht liegen bleiben.

Herrlich, so ein Spaziergang im Frankfurter Stadtwald. Für den Hund. Und für seinen Menschen. Fiffi kackt, und keinen kümmert es. Leinenpflicht: ist nicht im hessischen Forst. Ja, es gibt auch dafür eine Regel. Der Hund darf frei sein.

Die größten Städte in Hessen: Frankfurt, 248 Quadratkilometer mit 718 000 Einwohnern, vor Wiesbaden, 204 Quadratkilometer mit 275 000 Einwohnern – und Oberzent mit 165 Quadratkilometern, aber nur 10 200 Einwohnern. Noch gibt es Oberzent nicht. Doch am 6. März entscheiden die Einwohner von vier Kommunen am südlichen Rand von Hessen, ob sie ihre Verwaltungen beauftragen, sich zusammenzuschließen. Aus der Fusion im Odenwald erwächse die an Fläche drittgrößte hessische Stadt. Reich wäre sie nicht, im Gegenteil. Die pure Not zwingt Beerfelden (6403 Einwohner), Rothenberg (2228) und die beiden kleinsten Gemeinden im Land, Hesseneck (634 Einwohner) und Sensbachtal (942), zu diesem großen Schritt. Ob das Vorhaben ge-

ANZEIGE

Schlund
Schmuckkultur in Frankfurt



lingt, verfolgt nicht nur die Hessische Landesregierung mit Interesse. Die Gründung Oberzents könnte das erste etlicher ähnlicher Projekte sein, Kandidaten gibt es.

Das Thema Fusion ist aktuell, aber es ist auch belastet. Unvergessen in Hessen ist die spektakuläre Pleite des Vorhabens, Gießen und Wetzlar zu einem Gebilde namens „Lahn“ zu verschmelzen. Nach heftigen Protesten und einem desaströsen Ausgang der Landtagswahl 1977 für die SPD wurde die Retortenstadt nach 31 Monaten wieder getrennt. Gescheitert ist auch die Idee, die „verfreundeten Nachbarn“ Michelstadt und Erbach zu vereinen. Beide Stadtverordnetenversammlungen, in Michelstadt mit großer Begeisterung, in Erbach sehr gespalten, hatten schon zugestimmt, da trennte ein Bürgerentscheid die geplante Vereinigung auch schon wieder. Und im vergangenen Jahr kam in Mittelhessen die Fusion zweier Gemeinden nicht zustande, weil nur Steffenberg im Bürgerentscheid zustimmte, Angellburg aber nicht.

Das Land Hessen hat aus dem Desaster mit Michelstadt und Erbach gelernt. Es setzt auf Freiwilligkeit, gibt eine Hochzeitsprämie dazu und ermöglichte mit einer Gesetzesänderung, dass Bürgerentscheide stattfinden können, bevor die örtlichen Gremien abstimmen. Im Oden-

Vier Kommunen im Odenwaldkreis halten sich für allein nicht mehr lebensfähig, sie planen eine Fusion. Am 6. März stimmen die Bürger darüber ab, ob sie in einer Stadt mit Namen Oberzent leben wollen.

Von Werner Breunig

waldkreis nahmen die Verantwortlichen das gerne auf. Die vier Kommunen machen auch gleich ihren Bürgern klar, die Fusion scheitere, wenn in einem Ort Nein gesagt werde. Der Rothenberger Bürgermeister Hans Heinz Keursten sagt dazu: „Dann mache ich eben die Akte zu, und gut ist.“ Denkbar ist auch, dass sich dann die verbleibenden Kommunen zusammenschließen.

Die Gründe für den Fusionsgedanken lassen sich schon erahnen, wenn man die vier Kommunen nur betrachtet: Zusammen 19 Ortsteile, einige Weiler, 16 Feuerwehren, 15 Friedhöfe. Das alles verteilt über mehrere Odenwaldhöhen und -täler. Die Kommunalpolitiker sehen, dass die schon lange praktizierte Zusammenarbeit an einen Punkt gekommen ist, an dem sich nicht mehr viel gewinnen lässt. Die Schulden drücken, die Bevölkerungszahl geht zurück, die Gebühren und Steuern steigen. Investitionen können nicht getätigt werden, weil das Geld fehlt, und die Infrastruktur verschlechtert sich. Hilflös schauen die Verwaltungen, wenn ihnen abverlangt wird, ihre Datenverarbeitung auf einen aktuellen Stand zu bringen: Das können sie sich nicht leisten. Und wenn ihnen der Hessi-

sche Rechnungshof bescheinigt, ihre Verwaltungen seien überbesetzt, fragen sie zurück, wen sie denn entlassen sollen: Hesseneck und Sensbachtal haben neben dem Bürgermeister im Rathaus zwei Halbtagskräfte beschäftigt. Der Bürgermeister ist auch Sachbearbeiter.

Vor einem Jahr gaben die Gremien der vier Orte eine Machbarkeitsstudie in Auftrag. Untersucht werden sollte, was sich ergebe, wenn man alles ließe, wie es sei und was passiere, wenn es zu einem Gemeindeverwaltungsverband sowie zu einer Fusion komme. Immer unter der Maßgabe, dass die Modelle dem aktuellen Kommunalwahlrecht entsprechen, die vier Rathäuser und das Leistungsspektrum erhalten bleiben, es keine betriebsbedingten Kündigungen gibt und die Identifikation der Ortsteile berücksichtigt wird. Das Ergebnis war eindeutig: Die Fusion wurde empfohlen.

Die Rechnungen sind eindeutig. Beim Status quo hat man weiterhin in der Summe 27,21 voll arbeitende Verwaltungsmitarbeiter, bei einem Verband sind es 30,41, denn man benötigt Kräfte, die die Kosten wieder auf die vier Kommunen umlegen, bei einer Fusion kommt man auf 28,01 Vollzeitstellen. Dabei allerdings

spart man drei Bürgermeister ein, was sich auf 355 000 Euro im Jahr summiert.

Der Zwang zur Fusion kommt vor allem von der Bevölkerungsentwicklung. Wurden 2001 in der Summe noch 95 Kinder geboren, so waren es 2014 noch 51. Innerhalb von 25 Jahren sank die Einwohnerzahl in der Oberzent, wie die Region historisch heißt, um 1100. Das wirkt sich aus in steigenden Preisen, geringeren Zuweisungen aus dem Einkommensteueranteil und den Landeszuweisungen. Bei der Wasserversorgung entfällt nur ein Drittel der Kosten auf den tatsächlichen Verbrauch. Die unverändert hohen Fixkosten müssen auf weniger Menschen umgelegt werden. Hochbehälter, Leitungen, Kanalnetze und Kläranlagen können nicht gekappt oder abgeschaltet werden.

Dann geht es um die kommunale Infrastruktur wie Kindergärten, Dorfgemeinschaftshäuser, Feuerwehrhäuser, Verwaltungsgebäude, öffentliche Flächen, Straßen, Sportanlagen. Das alles muss unterhalten werden, und das kostet Geld. Ausdrückliches Ziel der vier Kommunen ist es deshalb, die notwendige Infrastruktur überall zu bewahren, die Belastungen so niedrig wie möglich zu lassen, finanziell besser aufgestellt zu sein, die Vereine zu fördern.

Eine andere Rechnung aus der Machbarkeitsstudie: Für den Bürgermeister zahlt in Beerfelden jeder Bürger 20 Euro im Jahr, in Hesseneck sind es 183 Euro, in Sensbachtal 123 Euro, in Rothenberg 58 Euro. Hätte die vereinte Stadt einen Bürgermeister für alle Orte, dann läge die Zahl bei 13 Euro je Einwohner und Jahr. Die vier Bürgermeister erinnern an weitere Einsparmöglichkeiten, an die man zunächst nicht denkt: In der Summe gibt es in den Kommunen weniger Sitzungen der Gremien, nur noch einen Jahresabschluss, eine Kammerprüfung, weniger Ausschreibungen, dafür mit größeren Einheiten.

Eingeplant sind auch die Beigaben des Landes zu einer Fusion. Über den kommunalen Finanzausgleich sind in der Summe 343 000 Euro je Jahr zu gewinnen, das Land ermöglicht eine einmalige Entschuldung in Höhe von drei Millionen Euro. Die Entlastung bei Zins- und Tilgungsleistungen summiert sich auf 180 000 Euro im Jahr. Mit dem Einsparpotential bei den Bürgermeister-Aufwendungen kommt man auf 878 000 Euro im Jahr, was man wiederum verwenden will, um weitere Belastungen der Bürger zu vermeiden. Beim Landesrechnungshof herrscht die Ansicht vor, dass eine Kommune mindestens 8000 Einwohner haben müsse, um effizient funktionieren zu können. Mit der Fusion entstünde eine neue Kommune mit neuem Namen (Oberzent lautet der Arbeitstitel) und neuer Postleitzahl. 19 Straßenbezeichnungen

wären zu ändern, 2000 Menschen wären davon betroffen. Die Änderungen von Pässen, Ausweisen und Kraftfahrzeugpapieren will die Verwaltung unentgeltlich leisten.

Sollte die Abstimmung am 6. März den Auftrag zur Fusion ergeben, müssen die kommunalen Gremien den Prozess weiterführen. Dann wird wohl ein Jahr ins Land gehen, bis ein notwendiger Grenzänderungsvertrag formuliert ist. Er hat zu regeln, wie die neue Stadt heißt, wie Wappen und Flagge aussehen, welche Postleitzahl sie haben wird, wie die Straßen heißen, dass die Gemeindegrenzen aufgehoben werden, wo es Ortsbeiräte geben wird, wie Gebühren und Steuersätze definiert sind. Der Teufel wird im Detail liegen, denn aus der Vergangenheit weiß man, dass einzelne Ortsteile einzelne Interessen gerne festschreiben möchten. Aus der bislang letzten Ge-



meindereform weiß man, dass eine Unzahl von Bürgerhäusern schriftlich versprochen wurden. In Oberzent haben die Bürgermeister keine Sorge, dass Lokalpatriotismus so stark sein könnte, dass sich Widerstand gegen die Fusion ergibt. „Beim Fußball ist der Talerstolz so groß, dass sich die Emotionen innerhalb einer Gemeinde ausleben. Das trifft weniger die Nachbargemeinde“, sagt der Rothenberger Bürgermeister.

Die Fusion ist zum Jahresanfang 2018 oder 2019 denkbar. Die derzeitigen Bürgermeister der vielleicht bald neuen Teilgebiete Oberzents hören aus Altersgründen in den nächsten Jahren auf. Für eine Übergangszeit bis zur Neuwahl einer Stadtverordnetenversammlung, eines neuen Bürgermeisters, von Ortsbeiräten der neuen Kommune müsste das Land dann Sonderregelungen treffen.

Die Frage am 6. März ist mit Ja oder Nein zu beantworten: „Sind Sie dafür, dass sich die Stadt Beerfelden, die Gemeinden Hesseneck, Rothenberg und Sensbachtal zu einer neuen Kommune zusammenschließen?“

solange er sich „im Einwirkungsbereich der führenden Person“ befindet. Auf Rufe oder Pfiffe soll er gehorchen.

Fahrradfahrer haben es nicht leicht in Frankfurt. Auf den Fahrbahnen haben sie extra abgeteilte Streifen. Die können die Paketdienste prima zaparken. Und die Leute, die den Warnblinker anschalten, bevor sie aussteigen und sich im Dönerladen „einmal mit allem und scharf“ bestellen.

Herrlich, so eine Ausfahrt am Wochenende, im Stadtwald, als Fahrradfahrer. Auf den Wegen entlangsausen. Keine Autos. Andere Fahrradfahrer heben grüßend den Kopf. Die hölzernen Tore, die das Wild daran hindern, auf die Straße zu gelangen, hält, wer gerade durchmuss, denen auf, die hinter ihm kommen. Weiter geht's. Und dann: Zwei vierbeinige Lieblinge brechen springend aus dem Unterholz. „Fahren Sie langsam!“, ruft eine aufgeregte Frau, armerudernd steht sie in der Spur. „Die Hunde erschrecken, wenn Sie so schnell sind.“ Ein bisschen Rücksicht, sagt sie noch, das sei doch das Mindeste.

Fliegerbombe gesprengt

FRANKFURT (lhr). Eine Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg ist am späten Freitagabend in einem Frankfurter Wohngebiet kontrolliert gesprengt worden. Die Sprengung verlief ohne Zwischenfälle. Mit den Arbeiten war gegen 23 Uhr begonnen worden, eine halbe Stunde später „war alles vorbei“, wie ein Polizeisprecher gestern sagte. Der Zünder der 50 Kilogramm schweren amerikanischen Bombe war gesprengt und somit entschärft worden.

In einem Umkreis von rund 150 Metern hatten etwa 400 Menschen schon mehrere Stunden vorher ihre Häuser und Wohnungen vorübergehend verlassen müssen. In einem Umkreis von 300 Metern waren die Bewohner aufgefordert worden, Türen und Fenster geschlossen zu halten. Bauarbeiter hatten die Bombe am Freitagnachmittag im Stadtteil Riederwald in einer Wohnsiedlung in der Nähe des Waldes gefunden. Aus Rücksicht auf den Flugverkehr musste der Kampfmittelräumdienst mit der Entschärfung der Bombe bis zum späten Abend warten.



Gemeinsam 60 Jahre Bürgermeistererfahrung: Gottfried Görig (Beerfelden), Thomas Ihrig (Hesseneck), Hans Heinz Keursten (Rothenberg) und Egon Scheuermann (Sensbachtal) sowie der Koordinator der Zusammenarbeit, Christian Kehrer (von links)